

Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede  
zur Einbringung des  
Haushaltentwurfs 2015  
am 16. Oktober 2014

## **„Nichts Notwendiges entbehren, nichts Überflüssiges wollen“**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man als neu gewählter Kämmerer seine erste Haushaltsrede halten darf, ist dies etwas ganz Besonderes, zumal wenn man erst seit 10 Wochen im Amt ist.

Die letzten zehn Wochen waren sehr intensiv, die Einarbeitung in das neue Amt macht sehr viel Spaß, ist abwechslungsreich und herausfordernd. Die Doppelbelastung durch zwei Referate ist allerdings deutlich spürbar, insbesondere weil auch schwierige Entscheidungen zur Unterbringung von der Stadt Würzburg zugewiesenen Flüchtlingen zu treffen waren.

Als ich das Finanz- und Personalreferat übernahm, war die Kämmerei gerade mitten in der Haushaltsaufstellung. Ich hoffe, dass ich mit meinen Nachfragen den Aufstellungsprozess nicht allzu sehr gestört habe und war dankbar für jeden Hinweis, jede Erläuterung und jegliche Unterstützung. In diesem Prozess durfte ich erfahren, wie sich Zahlen und Situationen verändern und ich habe einiges an Strategie gelernt, sowie über den notwendigen Ausgleich von Interessen.

Insbesondere deshalb möchte ich meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei an den Beginn dieser Haushaltsrede stellen: Vielen herzlichen Dank an Sie, Frau Hecht, die Leiterin des Fachbereichs Finanzen sowie an ihre Mitarbeiterinnen Frau Maihofer, Frau Herbert und Frau Knauer sowie an die Herren Hammer und Kemmer für ihr sorgfältiges und kenntnisreiches Zusammentragen aller Haushaltszahlen und für die Mühe bei der Aufstellung dieses Haushalts. Herzlichen Dank auch an Frau Vogt und Frau Zipperich aus dem Referatsvorzimmer für ihre souveräne und effektive Unterstützung.

Mit vielen guten Wünschen wurde ich zu meinem Amtsantritt bedacht. Ein besonders wohlmeinender Gratulant schenkte mir ein Büchlein von Honoré de Balzac mit dem schönen Titel „Die Kunst, seine Schulden zu zahlen“, offensichtlich in Anspielung darauf, dass zum Amt des Kämmerers auch das Schuldenmanagement gehört.

Ich gestehe, dass mich dieser Buchtitel zunächst etwas beunruhigt hat. Erst als ich las, dass der Autor bei der Typologie seiner Schulden auch „Legitime Schulden“ zulässt, also solche, die ihren gerechten Grund haben und nicht von wucherischer Art sind, wurde ich etwas ruhiger.

Eine sehr interessante Erfahrung war für mich die Teilnahme am 10. Deutschen Kämmerertag in Berlin vor zwei Wochen. Man hört ja vieles über die kommunale Finanzsituation vorher, man hat eigene Erfahrungen aus der haushaltslosen Zeit der Stadt Würzburg. In Berlin war aber bei vielen Vorträgen und Gesprächen mit Kollegen deutlich zu hören, dass man andernorts gar keinen Gedanken mehr darauf verschwendet, frei nach Balzac, wie und wann man seine Schulden zahlt, schlicht weil dies einfach unmöglich ist. Zu meinem allergrößten Erstaunen musste ich auch erfahren, dass es tatsächlich Kommunen gibt, deren Hebesätze für die Grundsteuer B (bebauter Grundbesitz) bei 800 liegen und die Bezirksregierung dennoch eine Anhebung auf 1.200 Punkte fordert. Es sei bemerkt, dass Würzburg mit der Grundsteuer B seit dem 01.01.2005 bei 450 Hebesatzpunkten liegt. Ohne eine Entschuldung werden viele Kommunen kaum ihre Finanzhoheit zurückgewinnen können.

Während es für uns in Bayern und hier in Würzburg nach Balzac's Büchlein noch um „Die Kunst, seine Schulden zu zahlen“ geht, trifft für viele Kommunen in der Republik besser der vollständige Titel zu: „Die Kunst, seine Schulden zu zahlen und seine Gläubiger zu befriedigen, ohne auch nur einen Sou selbst aus der Tasche zu nehmen.“ Man kann nämlich keinen „Sou“ aus der Tasche nehmen, den man nicht hat.

Ich kann Ihnen hier einen Haushalt vorstellen, der gestalten kann - unsere Stadt, unsere Infrastruktur, das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft. Vieles davon baut auf den getroffenen Entscheidungen und den gesetzten Prioritäten der letzten Jahre auf. Einige wenige Projekte können auch neu angefangen werden, manches verschiebt sich auch nach hinten, weil die notwendigen Entscheidungen noch nicht vorliegen.

Das, was im nächsten Jahr zu tun ist, die Projekte, die wir angehen möchten, die Wünsche, die wir für das nächste Jahr haben, die kennen wir schon jetzt. Nicht ganz sicher sind wir hinsichtlich der Mittel, die zur Finanzierung all dessen zur Verfügung stehen. Wenn man daher einen Haushalt am Ende des Jahres für das darauffolgende Jahr aufstellt, dann kommt es für die Einnahmenerwartung entscheidend auf die Einschätzung der Entwicklung des nächsten Jahres an.

Lassen Sie uns daher also zunächst auf die wirtschaftliche Entwicklung schauen, wie sie sich 2015 darstellen könnte.

Die Bundesbank und die Institute haben ermittelt, dass sich die Konjunktur in Deutschland im zweiten Halbjahr dieses Jahres etwas abgekühlt hat. Auch wenn kein unmittelbarer Abschwung bevorsteht, weisen neuere Prognosen nur noch eine moderate Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also ein Wirtschaftswachstum, aus.

Die Prognosen der Institute vom September 2014 weisen für das Jahr 2015 noch Werte zwischen 1,5 % (IW Köln) und 1,9 % (IfW Kiel) aus, das DIW liegt vermittelnd bei 1,8 %. Für all diese Prozentwerte wurden bereits frühere Prognosen nach unten korrigiert. Überholt dürften diese Werte mittlerweile durch das erst letzte Woche vorgestellte Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute (Ifo Institut München, DIW Berlin, RWI Essen und IWH Halle) sein, die für 2015 eine Wachstumsprognose von 1,2 % abgeben. Die Einschätzung der Bundesregierung vom Dienstag dieser Woche liegt auf dem gleichen Niveau, bei 1,3 %. Damit hat sie in ihrer Herbstprognose die Wachstumsrate für 2015 von 2 % drastisch nach unten korrigiert.

Zwar kommen die Institute oft über verschiedene Ansätze zu ihren Annahmen, gemeinsam ist den Prognosen aber, dass die Konjunktur insbesondere durch die Binnennachfrage, also beim Bau und bei der Investitionsgüternachfrage, insbesondere aber durch den privaten Konsum gestützt wird.

Obwohl wir mit dieser Kennzahl im europäischen Umfeld noch gut dastehen, trägt doch die weltpolitische Lage, geprägt durch allerhand Unsicherheiten und Krisen, sowie das immer noch instabile europäische Wirtschaftsumfeld eher zur Unsicherheit bei. Auch der – allerdings sehr häufig – vorsichtige Internationale Währungsfonds IWF warnt vor einer neuen Weltwirtschaftskrise.

Hierzu passt, dass der ifo Geschäftsklima Index, einer der wichtigsten Frühindikatoren für die wirtschaftliche Lage in Deutschland im September zum fünften Mal in Folge gefallen ist (FAZ Nr. 229 v. Do., 02.10.2014, S. 22). Wie die Süddeutsche Zeitung berichtet (SZ Nr. 232 v. Do., 09.10.2015, S. 17), unterstützen Aussagen deutscher Industriemanager von Merck, Audi und Siemens diese Einschätzung.

Da wir in 2014 das im Haushalt angesetzte, und von meinem Vorgänger im Amt in der letztjährigen Rede als „vorsichtig optimistisch“ angesetzte Gewerbesteuer von EUR 74 Mio. wohl nahezu erreichen werden, was ich als einen besonderen Erfolg ansehe, führt dieses angenommene Rechnungsergebnis neben Konjunkturdaten, Steuerschätzung und Geschäftsklimaindex dazu, dass wir die Einnahmen in 2015 für unsere wichtigste Steuer, die Gewerbesteuer, auf gleichem Niveau einplanen, wie dies dem angenommenen Rechnungsergebnis für 2014 entspricht.

Eine Gewerbesteuererinnahme erneut in dieser Höhe wäre für die Stadt eine sehr gute Entwicklung, eine Anhebung des Ansatzes aus meiner Sicht zu riskant. Ob wir bei unveränderten Hebesätzen allerdings erwarten können, dass die Entwicklung bei dieser Steuergröße in der Zukunft entsprechend der optimistischen Steuerschätzung noch viel weiter nach oben gehen wird, glaube ich persönlich nicht. Dafür ist die Wirtschafts- und Gewerbeentwicklung in Würzburg zu beständig. Um auch weiterhin diesen Infrastrukturbeitrag der in unserer Stadt ansässigen Gewerbebetriebe zu verdienen, sollten wir alles daran setzen, unsere örtliche Wirtschaft zu pflegen, zu entwickeln und wo nötig zu fördern,

Für die Planung unseres Anteils an der Einkommensteuer lohnt es sich, einen Blick auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes zu werfen. Frank Jürgen Weise, der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, äußerte sich bei der Präsentation der Arbeitsmarktzahlen für September dahingehend, dass sich der Arbeitsmarkt stabil präsentiere, obwohl die wirtschaftlichen Aussichten verhalten seien. Recht gab ihm die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Juli um 528.000 Personen über der Vorjahreszahl lag. Raimund Becker, ein anderes Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, äußerte sich dahingehend, dass von den klassischen Frühindikatoren derzeit keine Signale für eine Trendwende kämen. Im September lag die Arbeitslosenquote in Deutschland bei 6,5 %, einen Wert, den man auch im Jahresdurchschnitt halten könnte (FAZ Nr. 228 v. Mi, 01. Oktober 2014, S. 17). Diese Einschätzung wird von den allermeisten Wirtschaftsinstituten geteilt, die ebenfalls 2015 von einem robusten Arbeitsmarkt ausgehen (z. B. IW Köln und IfW Kiel).

Auch wenn man auf den Würzburger Arbeitsmarkt schaut, hat dieser sich bisher robust erwiesen. Für die Stadt Würzburg konnte im September eine Arbeitslosenquote von 4,6 % ausgewiesen werden und damit eine um noch einmal um 0,2 % geringere Quote als im Vorjahresmonat 2013. Im Reigen der kreisfreien Städte in Bayern ist dies ein Spitzenwert. Auch mit 6.609 Leistungsempfängern im SGB II Bezug, was 3.835 Bedarfsgemeinschaften entspricht, konnten im September 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat 2013 jeweils um ca. 2 % die Zahlen verringert und damit verbessert werden (jeweils Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit für die Stadt Würzburg, Stand: September 2014). Anders als in anderen Städten zeigen diese Werte, dass sich positive Entwicklungen am Arbeitsmarkt in Würzburg sowohl im Bereich der Arbeitslosengeld I-Empfänger als auch bei den Arbeitslosengeld II-Empfängern durchsetzen.

Besonders erfreut mich, dass im September 2014 nur 67 junge Menschen unter 25 Jahren in Würzburg als arbeitslos gemeldet waren (Arbeitsmarktreport der Bundesagentur für Arbeit für die Stadt Würzburg, Stand: September 2014).

Diese gute Entwicklung ist sicherlich der Grund dafür, dass wir unser für 2014 mit EUR 58,4 Mio. angesetztes Soll beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit knapp EUR 60,0 Mio. erwartetem Rechnungsergebnis überschreiten werden. Aufgrund der Steuerschätzung vom Mai haben wir daher für 2015, optimistisch aber vertretbar, die Einkommensteuer mit einem Ansatz von EUR 63,2 Mio. eingeplant.

Bei unserem Anteil an der Umsatzsteuer machen sich zwei Effekte positiv bemerkbar. Zum einen werden wir 2014 unseren Ansatz von EUR 10,0 Mio. erreichen; zum anderen profitieren wir 2015 in Höhe von EUR 1,2 Mio. von der sog. „Bundes Milliarde“, die den Kommunen, insbesondere für die Belastungen bei der Eingliederungshilfe, über das Kommunalentlastungsgesetz als Soforthilfe vom Bund ab dem nächsten Jahr zufließt.

Dieses Kommunalentlastungsgesetz hat mindestens noch eine weitere wichtige Komponente, die der Stadt Würzburg in Form einer Erhöhung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft zufließt und die für Würzburg einen Betrag von etwa EUR 550.000,00 ausmacht. Sollte das Bundesteilhabegeld kodifiziert werden, was die Bundesregierung, so wie es im Koalitionsvertrag steht, noch in dieser Legislaturperiode schaffen will, dann ist den Kommunen eine Entlastung von weiteren EUR 4,0 Mrd. versprochen. Fraglich ist, wann und wie diese bei uns ankommt, denn sie soll insbesondere die Träger der Eingliederungshilfe entlasten, deren Zuständigkeit in den Ländern allerdings unterschiedlich geregelt ist. Dies kann für uns zu einer direkten Entlastung führen, oder zu einer Entlastung über die Bezirksumlage, da in Bayern die Bezirke die maßgeblichen Träger der Eingliederungshilfe sind.

Dies sind alles sehr erfreuliche Entwicklungen, die wir positiv im Haushaltsentwurf verarbeiten konnten.

Allerdings ist unser Haushalt auch nicht gefahrlos oder frei von Risiken. Risiken für den Haushalt 2015, und auch die Haushalte der nächsten Jahre, birgt der Personaletat. Obwohl der Personaletat bereits von 2014 zu 2015 um EUR 5 Mio angewachsen ist, wird für 2015 eine erneute Steigerung von EUR 5 Mio. ggü. dem Vorjahr eingeplant. Der Personaletat ist daher für 2015 mit bereinigten rd. EUR 129 Mio. einkalkuliert. Die Gründe sind vor allem in den Tarif- und Besoldungssteigerungen zu sehen (ca. EUR 2,5 Mio.), aber auch in den durch den Stellenplan 2014 geschaffenen Stellenmehrungen, die allmählich auf der Liquiditätsseite ankommen, sowie in den weiteren, durch den Stellenplan 2015 neu zu schaffenden Stellen.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass der Haushalt 2015, das, was er aus erwarteten Steuermehrungen gewinnt, größtenteils durch die Personalkostensteigerungen wieder verliert. In Zukunft müssen wir daher viel stärker als jetzt darauf achten, dass sich unser finanzieller Spielraum durch restriktive Ausgabenpolitik und Aufgabenkritik erweitert.

Auch die von mir als Sozialreferent verantworteten Jugendhilfekosten stellen weiterhin eine Herausforderung für den Haushalt dar. Nicht nur wir in Würzburg beobachten hier mehrere Phänomene:

Zum einen führen die „geopolitischen Risiken“ wie sie so schön genannt werden, also die Krisenherde der Welt, nicht nur zu Unruhen in der Weltwirtschaft, an den Aktienmärkten und zur Suche nach sog. „Sicheren Häfen“ für Investitionen. Wir spüren diese unsichere Weltlage auch ganz konkret anhand der Aufgabe, Flüchtlinge aufzunehmen. Die Prognose für 2014 lautete im März auf 500 neu aufzunehmende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge für Bayern. Sie wurde im Juli 2014 auf 2.000 umF erhöht, das letzte Schreiben der Ministerin von Ende September spricht von 3.000 mit steigender, bzw. anhaltender Tendenz. Würzburg hat derzeit ca. 80 umF aufgenommen. Sonst haben wir jährlich ca. 3 bis 5 umF aufgenommen, eine Zahl, die wir derzeit schon an einem Wochenende, manchmal auch an einem Tag erreichen. Diese Jugendliche wohnen in Einrichtungen, wir bestellen einen Vormund für sie und sie werden vom Allgemeinen Sozialdienst betreut. Außerdem müssen wir uns um die Erstattung der Jugendhilfekosten kümmern, was wegen der bundesweiten Verteilung der Fälle, eine Kontaktaufnahme und Abrechnung mit ca. 30 Jugendämtern im Bundesgebiet erfordert.

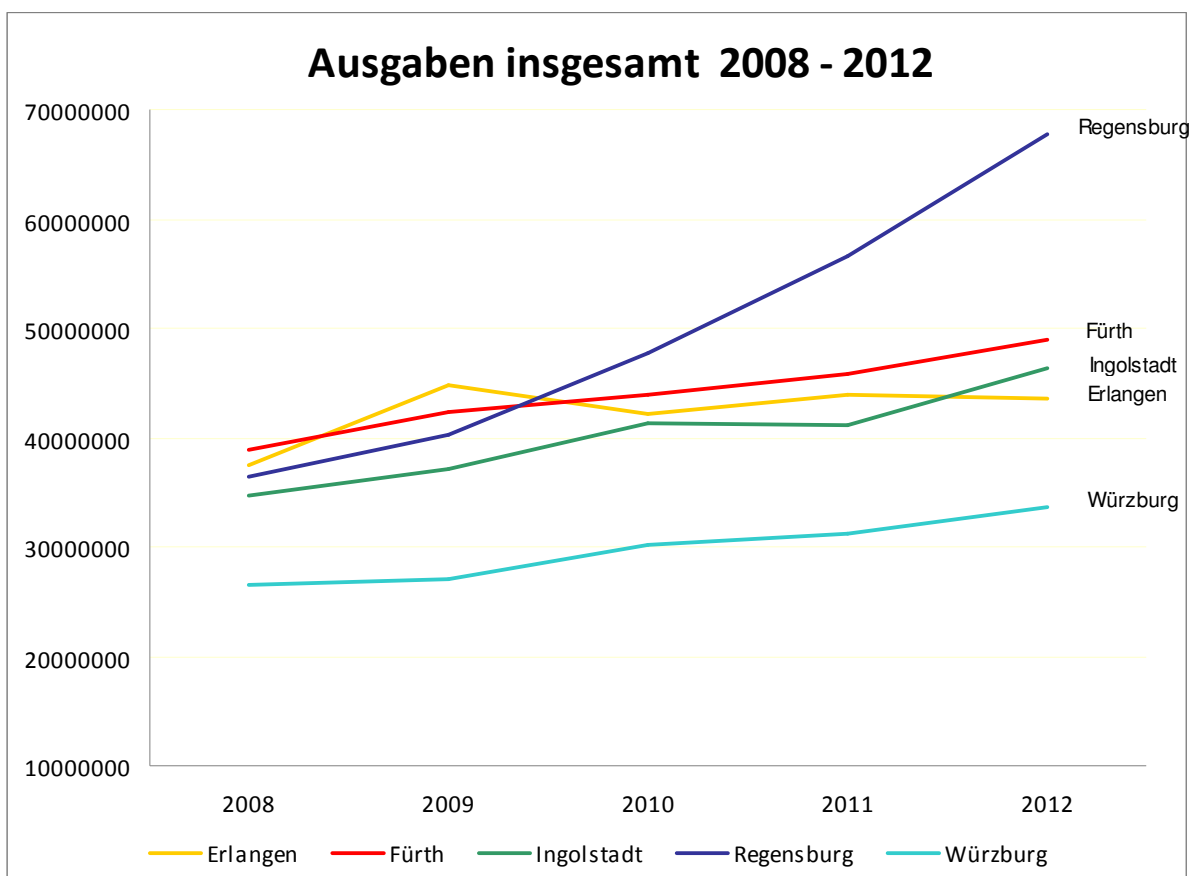
Auch wenn wir die reinen Jugendhilfekosten erstattet bekommen; der Verwaltungsaufwand bleibt bei uns, denn die Verwaltungskostenerstattung für die dauerhaft bei uns untergebrachten Jugendlichen ist minimal. Immerhin hat der Freistaat für die Inobhutnahme ab dem Jahr 2015 eine Verwaltungskostenerstattung in Höhe von EUR 8,5 Mio. jährlich eingeplant. Es wird spannend, wie viel davon bei uns in Würzburg ankommt.

Ein wesentlicher Teil der Steigerung der Jugendhilfekosten resultiert aus dem in den letzten Jahren erfolgreichen Ausbau der Kleinkindbetreuung, auf den wir alle so stolz sind. Zieht man allein die Förderung der Kindertageseinrichtungen von den geplanten Mehrausgaben ab, reduziert sich der Anstieg der Jugendhilfekosten fast um 40 %. Zur Steigerung tragen vor allem die aufgrund der Mehrung der Platzzahl gestiegenen Förderzuschüsse bei. Aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz wachsen aber auch die Kosten für die die Übernahme von Krippenbeiträgen an, da wir nicht mehr nach der Notwendigkeit der Beitragsübernahme fragen dürfen, sondern nur noch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern entscheidend sind. Zudem steigen die Kosten für die Tagesmütter aufgrund von Bundessozialgerichtsurteilen und durch Klagen, von denen auch eine bei uns anhängig ist, an.

Wir setzen hier ganz stark auf die weiteren Segnungen des bereits erwähnten Kommunalentlastungsgesetzes, das ab 2017 auch eine Entlastung der Kommunen bei den infolge des Kinderbetreuungsausbaus gestiegenen Betriebskosten vorsieht. Aufgrund unserer Belastungen sehe ich hier, wie auch in der Vergangenheit, keinen Spielraum, dieses Geld, das uns als Kommunen ausdrücklich bei der Erfüllung unserer Pflichtaufgabe Kinderbetreuung entlasten soll, an die Einrichtungsträger weiterzugeben.

Die Inklusion im Bildungswesen spüren wir im Haushalt vor allem bei den Kosten für die Schulbegleiter (§ 35 a SGB VIII), wo wir aufgrund von erneuten Fallzahlsteigerungen den Ansatz um weitere EUR 400.000,00 anheben müssen.

Es ist ein schwacher Trost, dass die Kosten der Jugendhilfe landauf, landab steigen und wir bei dieser Entwicklung nicht alleine sind. Dennoch ist bei uns der Trend etwas günstiger, wie der folgende Vergleich mit für uns relevanten kreisfreien Städten in Bayern zeigt und was ich auf eine gute präventive Jugend(hilfe)arbeit sowie auf ein gut ausgebautes System ambulanter Hilfen zurückführe.



Sie sehen hier die Entwicklung der Gesamtausgaben der Jugendhilfe in den für uns relevanten Vergleichsstädten anhand von Zahlen des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Die Linie der Stadt Würzburg ist die unterste. Sie steigt deutlich flacher an als die der anderen Städte und weist auch ein deutlich niedrigeres Kostenniveau auf.

Wenig Bewegung, vor allem nach oben, ist zum Glück im Rest des Sozialhilfehaushalts zu verzeichnen. Die Kosten für die Grundsicherung gehen – über alles – nur minimal nach oben. Zwar werden wir aufgrund gestiegener Mietpreise, wie vor 2 Jahren angekündigt, die Angemessenheitsgrenze, also die Höhe, bis zu der wir den Hilfeempfängern die Miete erstatten, für alle Haushaltsgrößen anpassen. Diese Steigerung kann aber durch die konstanten

Fallzahlen und die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft nahezu ausgeglichen werden.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung führen die Entscheidung des Bundessozialgerichts zu den Regelsätzen für volljährige behinderte Menschen, die im Haushalt ihrer Eltern leben sowie eine Fallzahlsteigerung (von I/2013 auf I/2014 um ca. 8%) zu erheblichen Mehrkosten.

Zum Glück entlastet uns die Kostenübernahme durch den Bund, nunmehr zu 100 %, massiv. Diese Kostenübernahme entkoppelt uns von den Folgen der Altersarmut, von dem sich aufgrund der demographischen Entwicklung auflösenden Generationenpakt in der Rentenversicherung und von Wahlkampfgeschenken wie der abschlagsfreien Rente mit 63. Diese Entlastung ist ein Umstand den ich übrigens weder als „Geschenk“ ansehe, noch den wir gleich wieder an anderer Stelle zu Ausgabenmehrungen verwenden dürfen. Diese Entlastung ist dringend notwendig, um z. B. die steigenden Jugendhilfekosten ausgleichen zu können, also gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, bei deren Ausgleich wir alleine überfordert sind.

Zugute kommt uns auch der Kapitalmarkt. Wir profitieren derzeit von der Zinsentwicklung, die es uns ermöglicht, auch über lange Laufzeiten Zinssätze auf historisch niedrigem Niveau festzuschreiben und unseren Zinsaufwand trotz weiterer Aufnahme von Investitionskrediten stabil zu halten.

Aus dem Verwaltungshaushalt zeichnet sich eine geplante Zuführung zum Vermögenshaushalt i. H. v. rd. EUR 12 Mio. ab. Zieht man die Ausgaben für die ordentliche Tilgung unserer Darlehen ab, verbleibt eine freie Finanzspanne von rd. EUR 5 – 6 Mio., die wir zur Fortsetzung unserer Investitionsvorhaben brauchen.

Würzburg braucht diese Kraft für Investitionen - in das Hubland, in die Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, in die Straßen und Brücken, in die Bäder und den ÖPNV.

Gerade im Investitions-, im Vermögenshaushalt, spiegelt sich der Primat der Politik und die Schwerpunktsetzung durch den Stadtrat wider. Der Stadtrat gibt die Ziele vor und setzt die Schwerpunkte. Es ist die Aufgabe des Kämmers, den Weg zum Ziel aufzuzeigen, aber auch dazu anzuhalten, das Ziel weiterzuverfolgen und zu mahnen, wenn das Ziel zu ehrgeizig oder gar unerreichbar ist.

Lassen Sie uns daher einige Investitionsvorhaben genauer anschauen.

Die Entwicklung des Hublandes erfolgt weiterhin nach einem rasanten Zeitplan. Das Pre-Development schreitet voran. Das Hubland, das ich kurz nach meinem Amtsantritt als Kämmerer Anfang August gesehen habe, wird nicht das Hubland sein, das Sie am 26. Oktober während Ihrer Begehung sehen werden. Einiges wird bis dahin verschwunden und zurückgebaut sein, auch im Untergrund wird sich viel getan haben.



Deutlich wird beim Blick auf den Unterabschnitt, auf dem wir das Hubland, so wie einen eigenen kleinen „Haushalt im Haushalt“ führen, dass jetzt diejenigen Jahre kommen, in denen die Ausgaben eklatant höher sind als die Einnahmen. Eine solche Spitze ist in den ersten Jahren ganz normal, v. a. wenn zunächst der Kaufpreis für das Grundstück gezahlt wird und die Erschließungsmaßnahmen anlaufen, bevor die erschlossenen Grundstücke in die Vermarktung gehen und verkauft werden können.

Die Kosten für das Pre-Development und die Erschließung konkretisieren sich gerade durch vertiefte Kostenermittlungen und die Ergebnisse aus den Ausschreibungsverfahren. Dass wir eine schwarze 0 bei dieser Maßnahme durch den ganzen Projektverlauf werden halten können, konnte keiner ernsthaft glauben: Zu groß ist die Fläche, zu groß die Investition und Unplanbarkeit und zu lange die Planungs- und Umsetzungsphase. Die Kosten- und Finanzierungsübersichten des Projekts sind dynamisch, wie ihre Entwicklung zeigt. Derzeit können wir daher weder eine schwarze noch eine rote Null voraussagen.

Aber selbst wenn ein Minus dabei herauskommen sollte, muss man dies in seiner Höhe immer über die reine Projektlaufzeit von mind. 15 Jahren und darüber hinaus sehen. Denn: Hier entsteht ein Stück Würzburg, ein ganzes Stadtquartier, Heim für Menschen und Unternehmen. Die Stadt Würzburg hat ihr Vermögen gemehrt und dringend benötigte Entwicklungsfläche gewonnen. Auch von der Einwohnerentwicklung am Hubland wird die Stadt profitieren. Wir gehen davon aus, dass die geplanten 4.000 neuen Einwohner am Hubland alleine beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine Mehreinnahme von rund EUR 2,0 Mio. jährlich bedeuten.

Insbesondere die nächsten Jahre, in denen beim Projekt Hubland hohe negative Abgleiche, sprich Defizite, entstehen, werden eine Herausforderung für den städt. Haushalt darstellen. Für die Zwischenfinanzierung sind Kredite notwendig, die uns die Rechtsaufsichtsbehörde genehmigen muss, die aber durch Verkaufserlöse zurückgeführt werden können. Die Überarbeitung der Kosten- und Finanzierungsübersicht, die wir nach Submission eines wesentlichen Teils der Erschließungsmaßnahmen im Januar erwarten, wird darüber entscheiden, ob wir das Projekt Hubland weiterhin im Haushalt führen können.

Der zeitliche Druck auf das Projekt Hubland, der an vielen Stellen heilsam wirkt, kommt insbesondere durch die Landesgartenschau 2018. Der Stadtrat hat sich klar für dieses Projekt entschieden und anders als bei vielen anderen investiven Maßnahmen haben wir hier eine klare Zeitvorgabe.

Im Jahr 2014 hatten wir im Zusammenhang mit der Landesgartenschau EUR 11,8 Mio. im Haushalt eingeplant. Der Umfang der bisher vom Stadtrat beschlossenen Investitionsmaßnahmen beträgt aber EUR 17,4 Mio., so dass wir in den Haushalten der nächsten Jahre weitere EUR 5,6 Mio. an Investitionen darstellen müssen. Verwaltungsmäßig hat sich bei dieser Maßnahme längst eingespielt, nicht nur von Landesgartenschau zu sprechen. Die „Landesgartenschau“ ist die etwa halbjährige

Veranstaltung, mit der wir 2018 möglichst viele Besucher nach Würzburg locken wollen. Dafür wird gerade der Durchführungshaushalt aufgestellt, der hoffentlich durch die Eintrittsgelder der Besuchermassen und die Vermarktung der LGS 2018 ausgeglichen wird.

Mit den EUR 17,4 Mio. entwickeln wir aber den Hubland-Park und das besondere Kapital dieses neuen Stadtquartiers, die „grüne Lunge“ um das alte Flugfeld herum zu einem attraktiven Sport-, Erholungs- und Freizeitband. Dies wird dauerhaft bleiben, auch wenn die halbjährige Gartenschau vorüber ist.

Die Investitionen in die Schulen sehen neben dem laufenden Bauunterhalt eine Fortführung des Erweiterungsbaus der David-Schuster-Realschule, die Anfinanzierung des Erweiterungsbaus am Wirsberg-Gymnasium und die Fortführung des Ausbaus der Mönchberg-Volksschule mit Umgestaltung des Schwimmbads zu einer Mensa für die Mittagsbetreuung vor. Auch ein Ansatz für Plankosten eines Erweiterungsbaus am Siebold-/Riemenschneider Gymnasium ist enthalten. Fest eingeplant ist im Haushalt der Beginn der Sanierung des Schwimmbades am Friedrich-Koenig-Gymnasium in 2015 und 2016.

Damit, so bin ich der Meinung, fließen den Schulen Mittel in einem Gesamtvolumen i. H. v. knapp EUR 11 Mio. für Bauunterhalt und Investitionen zu, die sowohl realistisch sind als auch im kommenden Haushaltsjahr umgesetzt werden können.

Die Sanierung des Nautilandes findet durch einen Investitionskostenzuschuss für das Schulschwimmen zum einen Niederschlag im Vermögenshaushalt der Stadt, zum anderen – für das öffentliche Schwimmen- im Wirtschaftsplan der Bädergesellschaft und über deren Defizit im steuerlichen Querverbund der WVV.

Aufgrund des Aufschubs der aus meiner Sicht entscheidungsreifen Variante V im Stadtrat und im Aufsichtsrat der Würzburger Bädergesellschaft ist im Haushalt der Stadt für 2015 kein Investitionskostenbeitrag für das Nautiland eingeplant. Erst für die Jahre 2016 bis 2018 ist ein Nettozuschuss von ca. EUR 3,0 Mio. vorgesehen.

Es mag überlegens- und ehrenwerte Gründe geben, die für einen Neubau sprechen. Dennoch möchte ich auf drei Punkte hinweisen:

- 1) Eine Sanierung, wie die für Variante V durchgeplante Kernsanierung, kommt einem Neubau gleich, da die gesamte Schwimmbadtechnik ausgetauscht werden muss, die allein schon einen Anteil von 40 % an der Gesamtinvestition ausmacht.
- 2) Die durch das Planungsbüro - bisher nur geschätzte - Neubauvariante liegt bereits jetzt mit EUR 2,5 Mio. über der - berechneten - Sanierungsvariante V c. Man hat es selten erlebt, dass sich berechnete Kosten gegenüber den einst geschätzten verringern. Die Differenz macht bereits jetzt in etwa unseren Kostenanteil an einem Neubau des Schulschwimmbads an der Wolfskeel-

Realschule aus, der in der Kämmerei unter dem Arbeitstitel „Nordbad“ läuft. Dies heißt in einer ganz einfachen Gleichung:

Nautilandsanierung + Nordbad = Nautilandneubau.

- 3) Egal, ob Kernsanierung oder Neubau: Nach 25 Jahren ist aufgrund des hohen Technikanteils der Investitionszyklus für beide Varianten abgelaufen und wir werden neu nachdenken – und vor allem – neu investieren müssen.

Es ist daher aus meiner Sicht wichtig, nicht zu überlegen, wer, wo, wann oder wie seine Badekleidung an- oder auszieht, um den perfekten Schwimmbadbesuch zu erleben. Es ist wichtig, sich auf das zu besinnen, was wir wollten. Ich erinnere an das Bäderkonzept, den goldenen Plan, die olympischen Normen und die Runden Tische. Wir wollten beim Bäderangebot klar differenzieren nach Schulschwimmbad, nach Vereins- und Sportbad, nach Freibad und nach Familienfreizeitbad. Keiner dieser Bädertypen kann alles leisten. Wir wollten mit dem Nautiland kein Spaß- oder Erlebnisbad schaffen, sondern ein taugliches Familienfreizeitbad. Aus meiner Sicht wird die belastbar berechnete Sanierungsvariante V c dem im vollen Umfang gerecht. Ein weiterer Aufschub der Investitionsentscheidung führt allein durch die Indexsteigerung zu weiteren Verteuerungen, hemmt die Investitionskraft der Bädergesellschaft bei der Sanierung anderer Bäder und rutscht letztlich auch das ganze Vorhaben zeitlich in die Nähe anderer großer Investitionsvorhaben.

Wie bereits erwähnt, gehen die Planungen am Nordbad weiter. Die vor wenigen Jahren noch kaum für möglich gehaltene Bereitschaft des Landkreises Würzburg, gemeinsam mit der Stadt Würzburg in ein Schwimmbad zu investieren, stimmt optimistisch. In unserem Haushaltsplanentwurf sind hierfür Gesamtinvestitionen von EUR 6,0 Mio. vorgesehen, die i. H. v. EUR 2,0 Mio. jeweils durch den Beitrag des Landkreises Würzburg und den staatlichen Zuschuss finanziert werden, so dass für die Stadt noch ein Eigenanteil von EUR 2,0 Mio. übrig bleibt.

Auch für das Nordbad gilt: Kein Schwimmbad kann und muss alles leisten, das wäre wenig wirtschaftlich und die Bäder würden sich gegenseitig kannibalisieren. Es geht um ein angemessenes Angebot für das gesamte Stadtgebiet, das von jedem Stadtteil aus erreichbar ist.

Die Straßenbahnerweiterung ins Grombühl wird in den nächsten Jahren eine Herausforderung für den Haushalt darstellen. Gemeinsam mit der WVV sind wir dabei, die Grundlagen für einen Bau- und Finanzierungsbeschluss zu erarbeiten. Nach allem was wir wissen, gehen wir von einem sehr hohen Fördersatz aus. Der Fördersatz ist das eine, es kommt aber ebenso darauf an, was an Kosten überhaupt gefördert wird. Bevor das Förderverfahren eingeleitet werden kann, muss die Finanzierung des Projekts gewährleistet sein. Dies bereitet uns derzeit noch Kopfzerbrechen. Wir versuchen jedoch, zusammen mit der Regierung von Unterfranken, einen für uns und die WVV gangbaren Weg zu finden.

Wie beim Bäderdefizit erwarten wir, dass selbstverständlich das sich durch die Straßenbahnerweiterung um ca. EUR 1,1 Mio. erhöhende Betriebskostendefizit der WSB über den Querverbund der WVV ausgeglichen wird, so dass für die Linie ins Grombühl kein Zuschuss aus dem städtischen Haushalt notwendig wird.

Hier wird der Zusammenhang zur bereits erwähnten Nautiland-Sanierung deutlich. Um überhaupt eine Chance zu haben, dass die Verluste der dauerdefizitären Bäder und des ÖPNV nicht im Haushalt der Stadt landen, müssen die Belastungen für den WVV-Konzern begrenzt werden. Alles kann auch die WVV finanziell nicht leisten. Und daher muss bereits beim ersten Infrastrukturprojekt der Gesamtzusammenhang gesehen und nicht jeder finanzielle Spielraum aufgebraucht werden.

Beim Straßen- und Brückenbau haben die Erschließungskosten für das Hubland den größten Anteil. Die Fußgängerzone in der Eichhornstr. schreitet nicht nur baulich, sondern auch im Geldabfluss weiter voran. 2015 und 2016 wird der Bauabschnitt 2 von der Herrnstr. bis zur Spiegelstr. finanziert, dann geht es mit dem Bauabschnitt 3 bis zur Theaterstr., bzw. zum Ingolstadter Hof weiter.

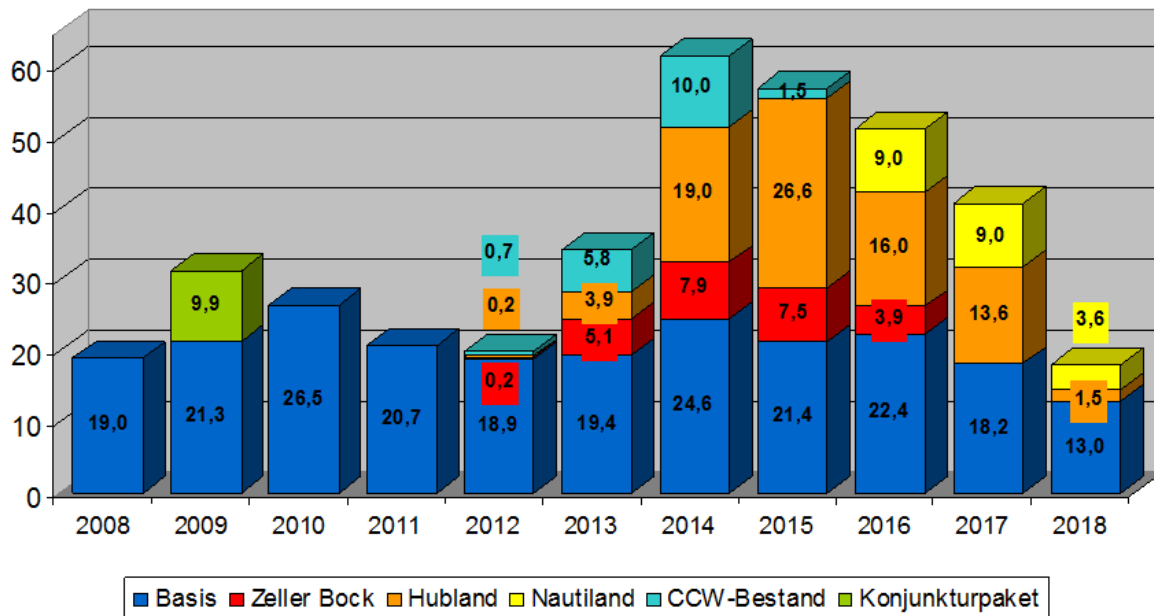
Echte Baukosten sind auch für die Umgestaltung der Fußgängerzone Kaiserstr., eine der Visitenkarten der Stadt, vorgesehen und für die Gemeindeverbindungsstraße von IKEA zur Kreisstraße Würzburg 8, die hintere Erschließung auf der Versbacher Seite, die notwendig ist, um die GVFG-Fördermittel für den IKEA-Knoten i. H. v. EUR 4,1 Mio. endlich zu realisieren. Auch hier läuft der Förderantrag und wir hoffen alsbald auf eine bestmögliche Förderung. Der Zeller Bock nähert sich stetig seiner Fertigstellung und wird den städtischen Haushalt noch 2015 und 2016 belasten.

Bei der Kinderbetreuung freue ich mich, dass neben weiteren Maßnahmen die Generalsanierung für das Kinderhaus St. Albert in der Lindleinsmühle eingeplant ist, sowie der weitere Ausbau der ehem. „day nursery“ zum Uni Campus Kinderhaus.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wie hoch die gesamten Bauinvestitionen im Haushalt veranschlagt sind, zeigt die nachfolgende Graphik.

## Bauinvestitionen incl. CCW und Bäder GmbH (brutto)

in Mio. EUR



bis einschl. 2013: Rechnungsergebnisse  
ab 2014: Haushaltsansätze

Stand: 13.10.2014

Die Investitionssumme ist für den Haushalt 2015 und auch in den darauf folgenden Jahren also weiterhin hoch.

Sicherlich, in der Haushaltsklausur mit den Kollegen ist mir in der neuen Position als Kämmerer noch einmal deutlicher geworden, dass die Ansätze auf den Pool-Haushaltsstellen, also für Brücken, Stützmauern, Straßen und Schulen nie ausreichen werden, um all das zu tun, was beantragt wurde und was notwendig ist. Viele Maßnahmen, so berechtigt sie auch immer sein mögen, konnten nicht veranschlagt werden. Auch mir ist klar, dass unter unterlassenen Investitionen die Substanz leidet.

Man kann dies ändern und darüber nachdenken, über vielleicht 5 Jahre ein Sanierungs- und Instandhaltungsprogramm nur für Bestandsbauten in den einzelnen Bereichen aufzulegen. Dies erfordert einen zeitlichen Vorlauf, eine ausgereifte Planung und eine schlagkräftige Umsetzung innerhalb eines festgelegten Zeitkorridors, vor allem aber die Disziplin des Stadtrates und der Verwaltung, sich innerhalb des festgelegten Zeitraumes auf die Investitionen in den Bestand zu konzentrieren und keine neuen Maßnahmen, so wichtig und wünschenswert sie auch

immer sein mögen, zu beginnen. Ein solches Sanierungsprogramm würde ich sehr gerne mit Ihnen diskutieren und entwerfen.

Die bezifferten Bauinvestitionen und die genannten Projekte können wir in den nächsten beiden Jahren kaum ohne einen Griff in die Rücklage finanzieren. Zum Ende des Haushaltsjahres 2014 werden die Allgemeine Rücklage und die Sonderrücklage Konjunkturkrise 2012 ff. planmäßig einen Stand von rd. EUR 7,7 Mio. aufweisen. Wir benötigen diese, um den Ausgleich der Haushaltsjahre 2015 und 2016 zu erreichen. Nach diesem Zeitpunkt stehen nach derzeitiger Planung keine Rücklagenmittel mehr zur Verfügung.

Hoffnung besteht allerdings insoweit, dass im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2014 die eingeplante Rücklagenentnahme von EUR 5,4 Mio. nicht oder nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden muss. Trotzdem muss es – neben den zahlreichen Investitionsverpflichtungen – unser Ziel sein, mittel- und langfristig eine Rücklage aufzubauen, die der Größe unserer Stadt angemessen ist.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich nun ein kurzes Fazit des bisher Gesagten ziehen darf, dann dieses:

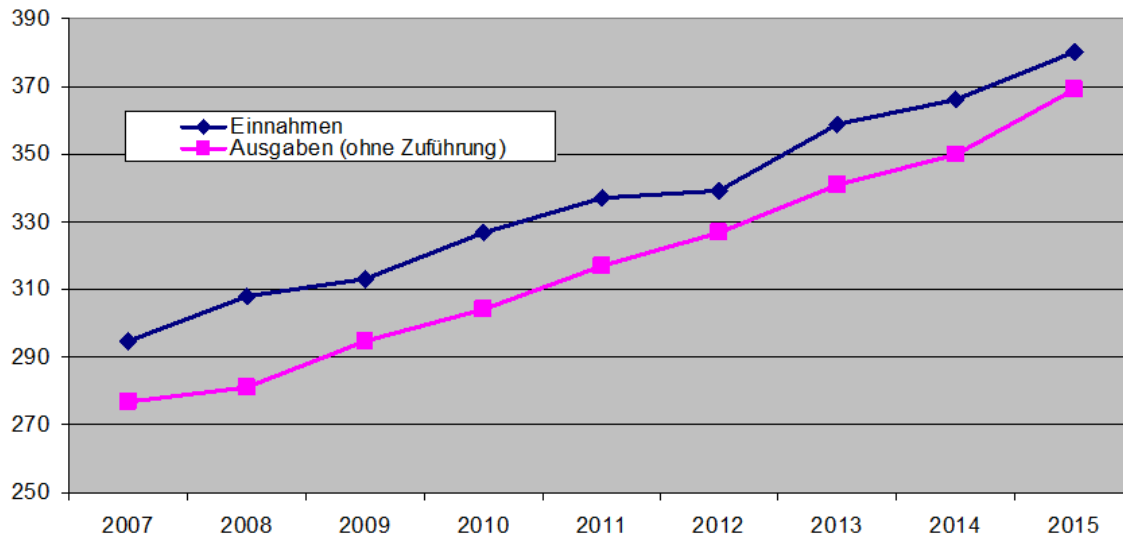
Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der Gestaltungsmöglichkeiten beinhaltet, der ausgeglichen ist. Mit ihm können wir unseren laufenden Verpflichtungen nachkommen, aber wir können in unserer Stadt auch etwas bewegen, wir können die Situation unserer Bürgerinnen und Bürger, unserer Gewerbetreibenden verbessern.

Der Haushaltsplan des Jahres 2015 geht von hohen Einnahmenerwartungen aus und wird Ausgabensteigerungen aufweisen. Solche sind nur dann problematisch, wenn nicht auch gleichzeitig die Einnahmen steigern und man dauerhaft mehr ausgibt, als man einnimmt. Dies ist zum Glück in der Stadt Würzburg nicht der Fall, wie aus der folgenden Graphik ersichtlich ist.

## Entwicklung Verwaltungshaushalt Einnahmen/Ausgaben (ohne Zuführung)



in Mio. EUR



bis einschl. 2013: Rechnungsergebnisse  
ab 2014: Haushaltsansätze

Stand 13.10.2014

Sie sehen hier die Entwicklung der Ausgaben und die der Einnahmen über die Jahre. Gut ist, wenn ein Abstand zwischen beiden Kurven besteht. Dann ist es uns möglich, eine Zuführung zum Vermögenshaushalt vorzunehmen, die es uns ermöglicht, unser Gemeinwesen durch Investitionen zu gestalten.

Darauf, dass dieser Abstand vorhanden bleibt, dass wir einen Spielraum bei unseren Entscheidungen haben, darauf will ich als Kämmerer achten. Es spricht für eine lebendige und aktive Stadt, dass wir mehr Pläne und Ideen haben als Geld, und es liegt in der Natur der Sache, dass wir nicht alle Anmeldungen der Referate einarbeiten können. Die Abstimmungen mit den Referaten, die Diskussion mit den Kollegen und den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen sowie der Aufstellungsprozess insgesamt hat mir gezeigt, dass es darauf ankommt, abzuwägen, mit Augenmaß vorzugehen und Prioritäten zu setzen.

Ich habe dazu ein schönes Zitat des griechischen Schriftstellers Plutarch gefunden, das auch in die Überschrift meiner Rede eingeflossen ist. Es lautet:

„Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt“ (Plutarch, Gastmahl der 7 Weisen)

Nichts Notwendiges entbehren und nichts Überflüssiges wollen. Wenn das ein Haushaltsplan schafft und dann auch noch Akzeptanz im Stadtrat und in der Bevölkerung findet, dann ist das Werk gelungen.

Ich glaube, dass der vorgelegte Entwurf diese Spannung zwischen Notwendigem und Überflüssigem halten kann und freue mich darauf, mit Ihnen in den Haushaltsberatungen und den Fraktionsgesprächen genau über diese Spannung zu diskutieren. Ich will alles daran setzen, dass es eine Diskussion zum Wohl der Stadt Würzburg und ihrer Bürger wird.

Würzburg, 16. Oktober 2014

Robert Scheller  
rechtsk. berufsm. Stadtrat und Stadtkämmerer  
Leiter des Finanz- und Personalreferats